

Schweiz–EU Politik ist mehr als Wirtschaft

Seit dem Entscheid zur Masseneinwanderungsinitiative stellt sich für die Schweiz die Frage nach dem Auskommen mit Europa in scheinbar unerwarteter Schärfe. Allerdings ist die zuweilen etwas atemlose Rhetorik in den Medien und aufseiten der Politik übertrieben. Zwar hat Brüssel nach dem 9. Februar die Daumenschrauben etwas angezogen.

Aber Säbelrasseln gehört nun einmal zum aussenpolitischen Geschäft wie das Klappern zum Handwerk, vor allem, wenn Verhandlungen anstehen. Man sollte sich davon weder beeindrucken noch einschüchtern lassen. Etwas mehr Contenance täte gut.

Dessen ungeachtet markiert der 9. Februar eine Zäsur. Wir müssen in den nächsten drei Jahren nicht nur unser Verhältnis zur EU klären, sondern vertieft auch über die Position der Schweiz in der Welt nachdenken.

Überall dort jedoch, wo die Mitarbeit in einem supranationalen Gremium unser Verständnis von Souveränität tangiert, stossen sich die Mythen an der Realität. Da steht auf der einen Seite das verkürzte Bild einer abgeschlossenen, selbstgenügsamen Schweiz. Und auf der anderen Seite sehen wir unsere global vernetzte Wirtschaft, die schweizerische Leistungen in die ganze Welt hinausträgt. Dabei handelt es sich nicht nur um Grossunternehmen, die im Binnenmarkt nur einen Bruchteil der Umsätze erwirtschaften, sondern auch um die viel grössere Zahl von kleine-



Josef Ackermann
Ehemaliger CEO
Deutsche Bank

«Der 9. Februar markiert eine Zäsur. Wir müssen vertieft über unsere Position in der Welt nachdenken.»

ren und mittleren Unternehmen, für die der Export von Gütern und Dienstleistungen ebenfalls lebensnotwendig ist.

In dieser Perspektive ist der absolute Souveränitätsanspruch, der an der nationalen Grenze haltmacht, eher wirklichkeitsfremd. Eine realistische Politik müsste vielmehr überlegen, wie der Wunsch nach Selbstbestimmung und die Durchsetzung des eigenen Rechts im Rahmen von gemeinsam erarbeiteten Regeln aufrechterhalten werden kann. Genau darum ist für uns die Zusammenarbeit in multilateralen Organisationen wichtig.

Ohne die Kodifizierung von Regeln zur Streitschlichtung etwa unter dem Dach der Welthandelsorganisation würden wir bei bilateralen Handelszwisten zumeist als Verlierer dastehen. Wo bloss ungefilterte Souveränitätsansprüche aufeinanderprallen, herrscht letztlich das mittelalterliche Faustrecht des Stärkeren. Das ist eine der Lehren, die wir aus dem unbefriedigend ausgegangenen Steuerstreit mit den USA ziehen sollten.

Daraus ergibt sich als erste Schlussfolgerung, dass die schweizerische Aussenpolitik auch nach dem Abstimmungsentscheid offen bleiben muss. Die Abkehr vom bisher gemeinsam beschrittenen bilateralen Weg wäre weder realistisch noch vernünftig.

Im Unterschied zu vielen Kommentatoren meine ich denn auch nicht, die Stimmbürger hätten dem Bilateralismus eine Absage erteilt. Zwar ist es richtig, dass Zuwanderungskontingente mit dem in

der EU zu Recht hochgehaltenen Prinzip der Personenfreizügigkeit unvereinbar sind. Und es stimmt auch, dass die Verletzung der Personenfreizügigkeit aufgrund der Guillotine-Klausel die Aufkündigung aller sieben bilateralen Abkommen mit der EU zur Folge hätte.

Aber am 9. Februar wurde weder über die Guillotine-Klausel noch über die Gesamtheit der bilateralen Abkommen abgestimmt, sondern allein über die Frage, ob die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen der Zuwanderung noch zumutbar seien. Nimmt man bisherige Volksentscheidungen zu den bilateralen Abkommen sowie Meinungsumfragen zum Nennwert, dann dürfte die Mehrheit der Stimmbürger nach wie vor hinter dem bilateralen Weg stehen.

Wettbewerbsfähigkeit muss nachhaltig verbessert werden

Wichtiger als mehr Dynamik in die Aussenwirtschaftspolitik hineinzubringen wird jedoch sein, unsere Energien dorthin zu richten, wo wir wirklich selbstbestimmend und souverän handeln können. Denn eines ist klar: Die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative wird primär unseren Arbeitsmarkt belasten und die Attraktivität der Schweiz als Wirtschaftsstandort und Finanzplatz auf die Probe stellen. Was wir brauchen, ist mit anderen Worten ein binnenwirtschaftliches Reformprogramm zur nachhaltigen Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Jede Krise birgt auch Chancen. Das ist eine der Lektionen der 1990er-Jahre, als wir nach einer schweren Immobilienkrise und dem Nein zum EWR ebenfalls vor scheinbar unüberwindbaren Problemen standen. Aber wir haben damals unsere Hausaufgaben gemacht, die Staatsfinanzen saniert, eine Schuldenbremse eingeführt und den Arbeitsmarkt liberalisiert.

Mit einer wirtschaftspolitischen Reformdiskussion allein werden unsere Probleme allerdings nicht zu meistern sein. Wirtschaft und Politik müssen wieder zu einem gemeinsamen politischen Diskurs finden. Sie haben in den letzten Jahren zu sehr eigene Kreise gezogen; es herrschte Misstrauen auf beiden Seiten. Und es fehlte an jenem Sensorium, welches das Unbehagen an der Masseneinwanderung rechtzeitig hätte registrieren können.

Mit annähernd einem Viertel ist der Anteil der Ausländer an der Bevölkerung in der Schweiz zwei- bis dreimal höher als bei unseren europäischen Nachbarn. Auch wenn die Schweiz bisher eine eindrückliche Integrationsleistung erbracht hat, darf es nicht überraschen, wenn das Wohlwollen der Bürger gegenüber der ausländischen Bevölkerung ab einem gewissen Punkt in Unmut umkippt. Politische Argumente dürfen darum nicht nur auf wirtschaftliche Grössen reduziert werden; sie müssen auch gesellschafts- und sozialpolitische Zwischentöne aufnehmen. Dies gilt es in der Debatte über das Verhältnis der Schweiz zu Europa und zur Welt zu berücksichtigen.

Banken Lehren aus der Carl-Levin-Politshow

Am 26. Februar waren vier führende CS-Manager zu einem Hearing des US-Senats geladen. Darüber wurde in den Schweizer Medien viel berichtet, aber eigentlich ist wenig passiert. Wir haben vom demokratischen Senator Carl Levin die übliche Politshow serviert bekommen, und die CS-Manager haben mit einem «knappen Unentschieden» das beste Resultat erzielt, das in einem solchen Forum erzielt werden kann.

Auch nach fünf Jahren kennen die USA das Schweizer Recht nicht

Viel wichtiger war das nachfolgende Hearing, in welchem der stellvertretende US-Justizminister von Senator Levin in sehr harschem Ton wegen unakzeptablem Vorgehen gegen die Schweizer Banken getadelt und zu «weit aggressiverem Vorgehen» aufgefordert wurde. Dies hat zwar keine rechtliche Wirkung, aber der Druck auf die Exponenten des Justizministeriums steigt damit gewaltig. Das Risiko, dass das Justizdepartement vom bisher ziemlich pragmatischen Weg abbrückt, steigt bedrohlich.

Was lernen wir aus dem Levin-Hearing? Erstens zeigt es deutlich auf, dass das Thema «Altlasten in den USA» noch nicht vom Tisch ist, sondern dass die US-Behörden im Gegenteil langsam ihre Geduld verlieren. Zweitens müs-



«Wir müssen das Altlastenproblem in Sachen Steuerhinterziehung lösen.»

Martin Naville
CEO Swiss-American Chamber of Commerce

sen wir leider einsehen, dass die Amerikaner auch nach über fünf Jahren Diskussionen und Verhandlungen noch immer nicht begriffen haben, wie die spezielle Ausgestaltung des Schweizer Rechts aussieht. Senator Levin betonte mehrmals, dass sich ein Institut mit Aktivitäten in den USA den US-Regeln fügen müsse, und donnerte, dass ein «Verstecken hinter einem fremden Recht» unzulässig sei. Und drittens wurde wieder einmal bestätigt, dass in den USA zwischen verschiedenen Behörden und dem Kongress Differenzen herrschen, die schnell von Nachteil für ausländische Firmen sein können.

Der gegenseitige Handel zwischen unseren Ländern läuft hervorragend. Wir müssen aber das Altlastenproblem in Sachen Steuerhinterziehung und Informationsaustausch lösen, je schneller, desto besser. Vor fünf Jahren bezahlte die UBS rund 4 Prozent Busse, Wegelin etwas

später 6 Prozent, LGT 7 Prozent. Heute drohen Bussen in der Höhe von 20 bis 50 Prozent! Je länger gewartet wird, desto teurer wird es. Aus den Fällen UBS, Wegelin und LGT, bei denen sich rund 40 000 US-Steuersünder freiwillig bei der Steuerbehörde gemeldet haben, aus den unzähligen Datenlieferungen, aus den Eingaben zum US-Programm und jetzt aus dem Levin-Hearing wird klar, dass in vielen Schweizer Banken nicht alles «mit rechten Dingen» zu und her ging.

US-Recht wurde verletzt, teils fahrlässig, teils leider auch vorsätzlich. Die Justizbehörden können in ihrer Rolle nicht von dieser Verfolgung ablassen, und politisch ist das Thema Steuerhinterziehung eines der wenigen Themen, bei dem Konsens zwischen Parteien herrscht. Falls das zwischenstaatliche Vorgehen scheitert, werden die USA einfach ihr Rechtsprozedere laufen lassen. Sie werden wie im Fal-

le von Enron, Worldcom und Arthur Andersen die relevanten Firmen anklagen. Das Levin-Hearing hat eine gute Seite: CS-Chef Brady Dougan ist es gelungen, die Ratifizierung des wichtigen Schweiz–USA–Doppelbesteuerungsabkommens auf den Tisch zu bringen. Dieses Abkommen, im September 2009 unterzeichnet und im März 2010 im Schweizer Parlament ratifiziert, steckt immer noch im US-Senat fest. Dieses für die Lösung der Altlast-Problematik so wichtige Abkommen geht nun hoffentlich auch im US-Senat in die Ratifizierung und ermöglicht eine rasche Bereinigung dieses Problems.

Weitere Probleme drohen mit Deutschland, Frankreich, Brasilien

Die Lösung der USA-Altlast-Problematik ist wichtig für die ansonsten exzellenten Schweiz–USA Wirtschaftsbeziehungen wie auch für die Zukunft des Finanzplatzes Schweiz. Dieser Platz hat alles, was es braucht für den Erfolg, ist aber durch die dunklen Wolken aus den USA bedroht. Obendrein stehen ähnliche Probleme an mit Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Brasilien und anderen Ländern.

Hoffentlich wird 2014 das Jahr der Lösungen mit diesen wichtigen Wirtschaftspartnern. Seit dem 9. Februar haben wir nämlich bereits eine neue Baustelle im Verhältnis zur EU.

DIALOG



HZ Nr. 9 27.2.2014
«CS-Anhörung im Steuerstreit mit den USA» Menschen können sich ändern, aber beweisen die obersten Führungskräfte aus der Finanzbranche nicht immer wieder, dass die Fähigkeit, aus Fehlern zu lernen, nicht sehr ausgeprägt ist? Die Aussagen von Brady Dougan im US-Senat sind kein Beleg dafür, dass sich diesbezüglich etwas geändert hat.
Pascal Merz

Offshore Banking war damals gang und gäbe. Viele Banken, nicht nur in der Schweiz, haben mitgemacht. Es war während der Bush-Regierung ein von den USA toleriertes Geschäftsmodell. Dies als kriminell zu betiteln, fände ich ein wenig übertrieben.
Tony Perera

Das ist ja wirklich interessant, niemand in der höheren Etage hat etwas gewusst? Wie findet denn bitte die Budgetierung statt? Geht bitte mit der Ehrlichkeit nochmals über die Bücher!
Philipp Ulrich

CS-Chef Brady Dougan war mutig und hat sich dem US-Senat gestellt. Welcher Top-Banker hat dies bisher getan? Aus meiner Sicht hat Brady Dougan als CS-Chef die Gesamtverantwortung zu tragen. Die Missachtung von Weisungen von CS-Mitarbeitern liegt jedoch in der Verantwortung der Mitarbeiter. Der Schweizerische Bankpersonalverband sollte sich die Frage stellen, ob er Mitschuld trägt, dass Weisungen missachtet wurden. Besser noch, er würde helfen, Lösungen in diesem Desaster zu finden.
Kurt Scherrer



HZ Nr. 9 27.2.2014
«Wir schlafen 40 Minuten weniger als vor 30 Jahren» Ich glaube, das Problem liegt sich mit der jüngeren Generation, Sleeptacker sind ja der letzte Schrei.
Sibylle Zemp

Die Wirtschaft fördert weiter das Bild des allmächtigen Managers, der alles im Griff hat und nicht mal schlafen muss. Das kann nicht gut gehen.
Niko Messner

HZ Nr. 9 27.2.2014
Kommentar zur Wohnpolitik
Lesebefehl für Stadtpolitiker: Die Schweizer Wohnungsnot ist von der Politik selbst verschuldet!
Beat Habegger

Die Politik hat ihre Wohnung, es ist der Souverän, der eine Bleibe sucht!
Mario C. Ress

Wer soll denn in Basel in den hundert angedachten Wohnungen einziehen? Alle oder welche wenigen?
Daniel Seiler



HZ Nr. 9 27.2.2014
«VBS lässt sich Webauftritt Millionen kosten»
Im VBS wird immer wieder über die mangelnden finanziellen Ressourcen geklagt. Irgendwie passt das alles nicht so ganz zusammen. Vielleicht hat man sich ja innerlich schon vom Gripen verabschiedet und kommt so zu den Mitteln, die frei für solche Dinge werden könnten. Wer weiss.
Jürg Greiff

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung ist uns wichtig. Wir freuen uns über Kritik, Lob und Anregungen über folgende Kanäle:

- E-Mail:** redaktion@handelszeitung.ch
- Twitter:** twitter.com/handelszeitung
- Facebook:** facebook.com/handelszeitung
- Online:** Posten Sie Ihre Meinung auf www.handelszeitung.ch unter einen Artikel